

Die Sondierungsgespräche im Bereich Arbeit, Soziales, Gesundheit und Pflege – über Verhandlungserfolge, To-Do-Listen und Abwehrkämpfe

1. Die Ausgangssituation: Mehr Konflikte als Schnittmengen

Soziale Gerechtigkeit war neben der Klima-, der Europa- und der Migrationspolitik eines der Themen, das wir in den Mittelpunkt des Grünen Wahlkampfes gerückt haben. Wir sind dementsprechend mit einem ehrgeizigen Gerechtigkeitsprogramm angetreten, das drei verschiedene Ausprägungen hatte:

- Erstens geht es uns um strukturelle Veränderungen wie die Bürgerversicherung,
- zweitens um Umverteilung durch Neuausrichtung (z.B. Kindergrundsicherung bzw. Kindergeldbonus) sowie
- drittens um gezielte, nachhaltige Maßnahmen zur Unterstützung verschiedener Gruppen (Menschen mit Behinderungen, Beschäftigte in sozialen Berufen etc.).

Die Ausgangslage für Gespräche mit den Unionsparteien und vor allem mit der FDP war vor diesem Hintergrund von vorneherein kompliziert (Wen wundert's).

Zwar gab es bei der CDU/CSU mit ihrem enttäuschenden Wahlergebnis eine Offenheit, bestimmte Missstände, wie die Situation von Langzeitarbeitslosen, die zunehmende Altersarmut oder auch den Pflegenotstand, anzugehen. An grundlegenden sozialpolitischen Reformen bestand jedoch wenig Interesse. Außerdem haben die Unionsparteien mit dem Arbeitnehmerflügel und der CDA zwar eine Strömung, die uns sozialpolitisch eher nahe steht, auf der anderen Seite mit dem so genannten Wirtschaftsflügel eine Truppe, die ähnlich wie die FDP noch die alten neoliberalen Kamellen lutscht. Überhaupt die FDP: Alle inhaltlichen Forderungen mit Folgen für den Haushalt (nicht nur die sozial- und gesundheitspolitischen) mussten sich dem Ziel von massiven Steuersenkungen bzw. der Abschaffung des Solidarzuschlags unterordnen. Christian Lindner stellte im Laufe der Verhandlungen in Frage, dass es überhaupt so etwas wie eine soziale Spaltung in diesem Land gibt. Deutschland ginge es gut und die zentrale politische Problemstellung sei keineswegs die von mehr sozialstaatlichen Eingriffen, sondern die Begrenzung oder besser Senkung der Finanzierung des Sozialstaats.

Vor diesem Hintergrund ist es teilweise schon überraschend, dass es in der Fachverhandlungsgruppe dennoch zu vorwiegend sachlich geprägten Gesprächen und auch zu bemerkenswerten Kompromissen kam. Auch die Gesprächsatmosphäre war – anders als in anderen Runden – durchaus von Respekt und Höflichkeit geprägt.

Natürlich konnten wir nicht sämtliche Punkte des Grünen Wahlprogramms eins zu eins umsetzen. Zudem war von Anfang an klar, dass in den Sondierungen nicht alle Fragen ausgelotet würden. Der Ort für weiterführende Beratungen waren die Koalitionsverhandlungen. Wichtige Themenbereiche etwa der Sozial- oder der Behindertenpolitik wären erst in Koalitionsverhandlungen diskutiert worden. Damit war die Spannbreite der Themen, bei denen Fortschritte erzielt werden konnten, überschaubar.

Aber: Im Ergebnis ist es uns trotz dieser Ausgangsbedingungen gelungen, deutliche Erfolge in einigen uns wichtigen Bereichen zu erzielen und zahlreiche Verschlechterungen abzuwehren.

2. Grüne Verhandlungserfolge

2a. Was konnten wir durchsetzen?

Im **Bereich Arbeit** gab es ein gemeinsames Interesse aller verhandelnden Parteien, zu Verbesserungen insbesondere für Langzeitarbeitslose zu kommen.

- Seit Jahren ist die Einführung des Sozialen Arbeitsmarktes eine unserer arbeitsmarktpolitischen Kernforderungen. Mit dem Passiv-Aktiv-Transfer konnten wir uns in den Sondierungen auf einen wesentlichen Baustein einigen und endlich jenen, die aufgrund einer Vielzahl von sogenannten Vermittlungshemmnissen keine Chance auf dem regulären Arbeitsmarkt haben, Teilhabe ermöglichen. Der SPD war es in der vergangenen Legislatur nicht gelungen, den Passiv-Aktiv-Transfer durchzusetzen.
- Stärkung der Arbeitslosenversicherung: Eine Jamaika-Koalition hätte sich für mehr nachholende Qualifizierung und für Verbesserungen der Jobcenter-Fördermaßnahmen eingesetzt.
- Den Missbrauch bei Befristungen von Arbeitsverträgen hätten wir bekämpft. Über die genauen Regelungen wäre in Koalitionsverhandlungen zu diskutieren gewesen. Zur Abschaffung der sachgrundlosen Befristung waren allerdings weder die Union noch die FDP bereit.

Im **Bereich Alterssicherung** konnten wir deutliche Fortschritte bei der Bekämpfung von Altersarmut durchsetzen.

- Mit erheblichen Leistungsausweitungen bei der Erwerbsminderungsrente hätten wir zügig die Lage einer Gruppe verbessert, die mit am stärksten von Armut im Alter betroffen ist: Menschen, die aufgrund einer Erkrankung oder eines Unfalls dauerhaft nicht mehr oder nur noch im geringen Umfang arbeiten können.
- Noch in dieser Legislatur hätten wir ein Maßnahmenpaket gegen Altersarmut auf den Weg gebracht. Union, FDP und wir waren uns im Laufe der Verhandlungen einig: Wer gearbeitet und vorgesorgt hat, muss im Alter mehr haben als Grundsicherung. Die Grüne Garantierente war dafür ein mögliches und ausdrücklich in den Sondierungspapieren genanntes Instrument.
- Die private Altersvorsorge wäre verbraucherfreundlicher, einfacher und insbesondere fairer für Geringverdienende ausgestaltet worden. Wir Grüne haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dieses Ziel unter anderem über ein Standardprodukt zu erreichen.
- Die Stabilisierung von Rentenniveau und Beitragssatz war ein Grünes Kernanliegen. Dank der guten Konjunktur und Beschäftigungssituation dürften beide Werte zumindest bis 2021 stabil bleiben. Um dies auch für die Jahre danach zu gewährleisten, haben wir uns in den Sondierungen auf die Einrichtung einer Rentenkommission verständigt, nach deren Vorgaben geeignete Maßnahmen zur Stabilisierung noch in dieser Legislatur ergriffen worden wären.

Echte Verbesserungen auch in der **Gesundheits- und Pflegepolitik**:

- Einstieg in die Bürgerversicherung: Durch die geeinte Deckelung des Zusatzbeitrags in der gesetzlichen Krankenversicherung hätten wir die Versicherten spürbar entlastet. Wir waren darüber hinaus zuversichtlich, auch die Wahlfreiheit für BeamtInnen oder zumindest einen Prüfauftrag durchzusetzen. Zudem haben wir uns verständigt, die Mindestbeiträge der Krankenversicherung für Selbständige zu reduzieren.
- Sofortprogramm Pflege: Binnen kurzer Zeit sollten die Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in der Altenpflege und in Krankenhäusern spürbar verbessert werden: Ausbildungsoffensive, Förderung von zusätzlichen Stellen, Wiedereinstiegsprogramm, einfachere Rückkehr von Teil- in Vollzeit, bessere Gesundheitsvorsorge und Investitionen in Weiterqualifizierung. Mit dem

Pflege-Sofortprogramm hätten wir eine der zentralen Grünen Forderungen des Wahlkampfes umgesetzt.

- Mit dem zustande gekommenen Übereinkommen, verbindliche Personalbemessungsinstrumente in der Pflege zu entwickeln, hätten wir zu dauerhaft verbesserten Arbeitsbedingungen beigetragen.
- Das Schulgeld in den Heilberufen sollte abgeschafft werden.
- Die Situation in der Altenpflege hätten wir über bessere Angebote in der Kurzzeit- und Tagespflege verbessert.
- Wir waren uns einig: In sozial benachteiligten und ländlichen Räumen ist die Gesundheitsversorgung über mehrere Maßnahmen zu stärken, etwa über die flächendeckende Sicherstellung der Geburtshilfe und Schritte in Richtung einer sektorübergreifenden Versorgungsplanung.
- Milliardeninvestitionen im Krankenhausbereich, um die Notfallversorgung weiterzuentwickeln und die digitale Vernetzung voranzutreiben, waren ebenfalls geeint.
- Verbessern wollten die verhandelnden Parteien auch die Versorgung mit medizinischem Cannabis.

Gemeinsam mit den Unionsparteien und der FDP hatten wir uns bereits auf ein **umfassendes Paket für Selbständige** verständigt.

- Dieses wäre ein wichtiger Schritt für eine verbesserte Absicherung von nicht anderweitig abgesicherten Selbständigen gewesen. Wir hätten wir eine gründerfreundliche **Pflicht zur Altersvorsorge für nicht anderweitig abgesicherte Selbständige** eingeführt sowie die Mindestbeiträge zur Krankenversicherung gesenkt.

Nachhaltige **Finanzierung der Sozialversicherung**:

- **Versicherungsfremde Leistungen** wären nach der Einigung in den Sondierungsgesprächen künftig **stärker über Steuern finanziert** worden – eine wichtige Maßnahme im Sinne einer nachhaltigen Finanzierung der Sozialversicherungen. Damit wäre eine der wichtigsten Grünen Forderungen umgesetzt und im Bereich der Alterssicherung übrigens ein Beitrag zur Stabilisierung des Rentenniveaus geleistet worden.

2b. Was konnten wir verhindern?

Uns war von Anfang an klar: Verhandlungen mit Schwarz-Gelb - das bedeutet an vielen Stellen, einen Abwehrkampf führen zu müssen.

- Sowohl der Wirtschaftsflügel der Union als auch die FDP drängten in den Verhandlungen auf **Aufweichungen des Arbeitszeitgesetzes**. Mit uns war das nicht zu machen.
- Der **Mindestlohn** stand unter Druck, wieder von beiden Seiten. Aber weder Änderungen bei den Dokumentationspflichten noch an der Auftraggeberhaftung konnten die Konservativen und Liberalen gegen uns durchsetzen.
- Auch **Verschlechterungen bei der Leiharbeit und eine Ausweitung der Minijobs** haben wir verhindern können.

3. Ein kurzes Resümee

Trotz schwieriger Ausgangsbedingungen haben wir zwar nicht alles, aber doch vieles erreicht. Den Status Quo konnten wir Grüne an vielen Stellen gegen mit großer Härte vorgetragene Forderungen verteidigen. Leistungseinschränkungen, Sozialabbau und die Einschränkung sozialer Rechte waren mit uns nicht zu machen. Darüber hinaus ist es uns gelungen, echte Fortschritte in der Alterssicherung, in der Arbeitsmarktpolitik, in der Pflege und im Gesundheitsbereich zu erzielen. Auf dieser Grundlage wären im Rahmen von Koalitionsverhandlungen noch weitere Schritte in Richtung Teilhabe, Wunsch- und Wahlrecht behinderter Menschen, einer Stärkung der sozialen Sicherungssysteme, einer Gesellschaft ohne Armut und fairer Chancen für alle möglich gewesen.